

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	11
1.1 Problemstellung	11
1.2 Die Entscheidung des OLG Hamm vom 17.1.1974	13
1.3 Inhaltliche Aspekte der Ausgangsentscheidung	16
1.4 Weiterführende Aspekte zur Ausgangsentscheidung	16
2. Zwangsmaßnahmen in der StPO	19
2.1 Zwangsmaßnahmen zur Untersuchung des Körpers und der Psyche eines Beschuldigten.....	19
2.2 Zwangsmaßnahmen zur Erlangung gegenständlicher Beweismittel.....	22
2.3 Zwangsmaßnahmen zur Überwachung des gesprochenen Wortes.....	23
2.4 Zwangsmaßnahmen zur Erkundung der Nutzung telefonischer Verbindungen	25
2.5 Zangsmaßnahmen zu Durchsuchungszwecken	26
2.6 Untersuchungshaft.....	27
2.7 Einstweilige Unterbringung.....	27
2.8 Sachverständige Begutachtung gem. § 454 Abs. 2 Nr. 1 StPO bei Aussetzung lebenslanger Freiheitsstrafen gem. § 57a StGB	29
2.9 Zusammenfassung.....	30

3. Zulässigkeit psychiatrischer Begutachtung im Parallelverfahren	33
3.1 Zeitlicher Zusammenhang der Widerrufsentscheidung mit der Begutachtung des Verurteilten	35
3.2 Zwangsmaßnahmen und Amtshilfe	37
3.2.1 Die Grundsätze der Amtshilfe	38
3.2.2 Die Zwangsmaßnahmen des Amtshilfeverfahrens	39
3.3 Zwangsmaßnahmen und Verfahrenszweck	41
3.4 Rechtsunsicherheit bei verschiedenartigen Untersuchungszielen	43
3.4.1 Verschiedene Beweggründe bei früherer Tat und Anlasstat	44
3.4.2 Positive Prognose nach erneuter Straftat trotz früherer Verurteilungen	46
3.5 Verknüpfung von Maßnahme und Verfahrenszweck am Beispiel des Beschlagnahmerechts	48
3.6 Anwendung der §§ 81, 81a StPO bei Gleichartigkeit von Anlasstat und abgeurteilter Tat	49
3.7 Bedeutung der Gleichartigkeit in der Entscheidung des OLG Hamm	51
3.8 Zwischenergebnis	51
4. Meinungsstand zur Entbehrlichkeit von Ermächtigungsgrundlagen bei Unterbringungen	53
4.1 Die Auffassung des OLG Celle	53
4.1.1 Stellungnahme zur Auffassung des OLG Celle	54
4.1.2 Die Auffassungen der OLGe Hamm und Celle im Vergleich	58
4.2 Die herrschende Meinung	58
4.2.1 Meinungsstand	58
4.2.2 Die Auffassungen der OLGe Hamm und Celle im Lichte der herrschenden Meinung	59
4.3 Die Auffassung Wohlers'	60

4.3.1	Ermächtigung zur Untersuchung des Beschuldigten innerhalb der Haftanstalt	60
4.4	Beschuldigteneigenschaft als Zulässigkeitsvoraussetzung.....	61
4.5	Zwischenergebnis.....	62
5.	Richterliche Praxis und Regelungsbedarf.....	65
5.1	Strafaussetzung zur Bewährung, § 56 Abs. 1 S. 1 StGB	65
5.2	Dauer der Bewährungszeit, § 56a StGB.....	65
5.3	Widerruf der Strafaussetzung, § 56f StGB.....	66
5.4	Aussetzung des Strafrestes bei zeitiger Freiheitsstrafe, § 57 StGB.....	66
5.5	Aussetzung des Strafrestes bei lebenslanger Freiheitsstrafe, § 57a StGB.....	67
5.6	Verwarnung mit Strafvorbehalt, § 59 StGB.....	68
5.7	Absehen von Strafe, § 60 StGB.....	68
5.8	Unterbringung in einer Entziehungsanstalt, § 67d StGB	70
5.9	Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus, § 63 StGB	70
5.10	Späterer Beginn der Unterbringung, § 67c StGB.....	71
5.11	Grundsätze der Strafzumessung, § 46 StGB.....	71
5.12	Verhängung kurzer Freiheitsstrafen in Ausnahmefällen, § 47 StGB.....	72
5.13	Zusammenfassung.....	72
6.	Die Abhängigkeit des Gerichtes von sachverständiger Hilfe.....	75
6.1	Erforderlichkeit körperlicher Untersuchungen für die Erstellung einer Prognose.....	77
6.2	Richterliche Sachaufklärungspflicht	81

6.2.1	Richterliche Sachaufklärungspflicht im Erkenntnis- u. Vollstreckungsverfahren.....	81
6.2.2	Vergleichbarkeit der Sachaufklärungspflicht im Erkenntnis- u. Widerrufsverfahren	83
6.2.3	Mögliche Fehlprognosen und Aufklärungspflicht.....	85
6.2.4	Ausschöpfung von Beweismitteln nach gewonnener richterlicher Überzeugung.....	87
6.2.5	Richterliche Sachaufklärungspflicht im Widerrufsverfahren	88
6.3	Mindestanforderungen an die Begutachtung	89
6.4	Zusammenfassung.....	89
7.	Richterliche Sachaufklärung und Präventionszweck	91
7.1	Rückfallwahrscheinlichkeit	91
7.1.1	Bedeutung der Rückfallwahrscheinlichkeit für die Anwendung von Zwangsmaßnahmen	91
7.1.2	Konsequenzen für das Widerrufsverfahren	95
7.2	Gewicht der Tat und Verhältnismäßigkeit	96
7.3	Zwischenergebnis.....	97
8.	Richterliche Sachaufklärung durch Beweiserhebung.....	99
8.1	Nachweisbarkeit von Prognosestatsachen.....	100
8.2	Behandlung von Zweifelsfragen beim Widerruf	102
8.2.1	Prognose und Prognosegrundlage.....	103
8.2.2	Rechtsnatur des Zweifelssatzes	104
8.2.3	„In dubio pro reo“ und Prognosestellung	105
8.2.4	Eigene Stellungnahme	106
8.2.5	Beispielsfall.....	107
8.2.6	Anwendbarkeit des Zweifelssatzes im Widerrufsverfahren	109
8.3	Zwischenergebnis.....	112

9. Auferlegen von Weisungen	115
9.1 Die Rechtsnatur der Weisungen	115
9.2 Funktion der Weisungen.....	117
9.3 Verhältnismäßigkeit (Zumutbarkeit) von Weisungen	118
9.4 Zwischenergebnis.....	121
9.5 Die Weisungen in der richterlichen Praxis.....	121
9.6 Die zulässige Reichweite von Grundrechtsbeeinträchtigungen aufgrund § 56c StGB.....	123
9.7 Erweiterungen bestehender Grundrechtseingriffsmöglichkeiten durch Weisungen.....	123
9.8 Zwischenergebnis.....	125
9.9 Zwangsausübung bei Nichtbefolgung von Weisungen	125
9.10 Verhältnis von Weisungen und Maßregeln der Besserung und Sicherung	128
9.11 Zwischenergebnis.....	130
10. Verantwortlichkeit des Verurteilten	133
10.1 Das Störermodell von Krauß.....	133
10.2 Überprüfung des Störermodells	134
10.3 Übertragbarkeit des Störermodells auf das Widerrufsverfahren	135
10.3.1 Prognosegrundlagen als eigenständige Störung	136
10.3.2 Einstufung des Verurteilten als Störer.....	137
10.4 Zusammenfassung	139
11. Zwangsmaßnahmen zur Sicherung von Anhörungsrechten	141
11.1 Ermessen des Gerichtes zur Anhörung des Verurteilten	142
11.2 Gesetzliche Grundlagen der Anhörungspflicht.....	142
11.3 Umgehung der Anhörung durch das Gericht.....	143

11.4 Verkürzung des Rechtsmittelzuges durch unterlassene Anhörung.....	143
11.5 Verwirkung von Anhörungsrechten	145
11.5.1 Verwirkung durch Auflagenverstoß.....	145
11.5.2 Nachholung rechtlichen Gehörs	146
11.5.3 Zwischenergebnis.....	147
12. Anforderungen an eine lex ferenda.....	149
12.1 Handlungspflicht des Gesetzgebers.....	149
12.1.1 Der Fall aus BVerfGE 33, 1ff.....	149
12.1.2 Zwischenergebnis.....	153
12.1.3 Erforderliche Dauer der Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus.....	153
12.1.4 Eigene Sachkunde des Gerichts.....	154
12.1.5 Freiheitsbeschränkung und Freiheitsentziehung zu Zwecken der Untersuchung.....	156
12.1.6 Untersuchungsverweigerer	157
12.1.7 Erhebung über Zwangsanwendung gegenüber untersuchungsunwilligen Probanden.....	159
12.1.8 Gründe für das Nichtbefolgen einer Vorladung zur gutachterlichen Untersuchung	161
12.1.9 Strategien zur Vermeidung von Zwangsvorfürungen.....	163
12.1.10 Rückschlüsse aus der Verweigerung der Untersuchung	165
12.1.11 Konsequenzen für das Widerrufsverfahren	167
13. Gesamtergebnis.....	169
Literaturverzeichnis.....	173